

# «Andere Länder bemühen sich sehr um uns»

Bei einem Scheitern der Unternehmenssteuerreform müsste die Ems-Chemie vermehrt ins Ausland ausweichen, sagt Unternehmenschefin Magdalena Martullo-Blocher

Arthur Rutishauser  
und Denis von Burg

**Frau Martullo, Sie kämpfen an vorderster Front für die Unternehmenssteuerreform III. Dabei müssten Sie als SVP-Nationalrätin doch dagegen sein.**

Warum denn das?

**Ihre Wähler sind Leute aus dem Mittelstand. Die werden die Zeche mit höheren Einkommenssteuern bezahlen.**

Das ist nicht so. Bei Privatpersonen gibt es keine Änderungen. Es

geht allein um die Steuern von Unternehmen. Die Reform braucht es, damit internationale Firmen in der Schweiz bleiben. Ohne Reform wären allein beim Bund 5 Milliarden Steuereinnahmen gefährdet. Wir müssten alle mehr bezahlen, oder der Staat müsste hart sparen.

**Wirklich?**

Heute haben diese Firmen eine spezielle Besteuerung. Viele Länder wollen das nicht mehr akzeptieren. Sie könnten diese Firmen einfach doppelt besteuern. Diese wären somit gezwungen, die Schweiz zu verlassen. Mit der

Steuerreform geben wir den Kantonen die Möglichkeit, neue international anerkannte Regelungen anzuwenden. Wenn die Kantone diese geschickt nutzen, könnten sie so sogar mehr Steuereinnahmen und Arbeitsplätze generieren.

**Mag sein, aber zunächst entsteht mit Sicherheit ein Milliardenloch bei den Einnahmen.**

Die Linke spricht dabei von jener Milliarde Franken, die der Bund neu den Kantonen zukommen lässt, damit sie den Systemwechsel besser bewältigen können. Dieses Geld fliesst an die Kantone.

**Glauben Sie tatsächlich daran, dass die Rechnung aufgeht?**

Ja! Bei meinem Unternehmen, der

Ems-Chemie, rechnen wir damit, dass wir dem Kanton etwa gleich viel Steuern abliefern werden wie bisher. Wir würden aber mehr Forschung und Entwicklung in der Schweiz betreiben und damit mehr investieren und mehr Arbeitsplätze schaffen. Ohne Reform riskieren wir aber, dass viele Firmen die Schweiz verlassen werden.

**Sie betreiben Angstmacherei.**

Leider nicht. Die Firmen, die heute Spezialregelungen haben, bezahlen 5 Milliarden Franken Steuern an den Bund und 2 bis 3 Milliarden Franken Steuern in den Kantonen und Gemeinden. Sie kommen damit für die Hälfte der gesamten Gewinnsteuern beim Bund auf und in gewissen Kantonen für über 80 Prozent! Sie beschäftigen 150 000 Personen, also etwa so viel wie die Bankenbranche, und tätigen die Hälfte aller privaten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in der Schweiz. Diese Firmen sind wesentlich. Wir wollen sie nicht ins Ausland verlieren.

**Und Ihr Unternehmen?**

Auch wir sind auf eine attraktive Steuersituation angewiesen. Wir verkaufen ja über 95 Prozent im Ausland, produzieren aber rund die Hälfte in der Schweiz.

**Und was heisst das für den Fall, dass die Reform scheitert?**

Wir haben 24 Produktionsstandorte im Ausland. Andere Länder wie etwa Singapur bemühen sich sehr um uns. Wir können hier nur entwickeln und produzieren, wenn die Schweiz steuerlich wettbewerbsfähig bleibt. Sonst müsste Ems vermehrt ins Ausland ausweichen.

**Es gibt keine Alternative?**

Wenn wir die Spezialregelungen

für Unternehmen fallen lassen, werden wie gesagt bis zu 5 Milliarden Franken Einnahmen beim Bund und 2 bis 3 Milliarden bei den Kantonen und Gemeinden fehlen. Dazu kommt der Verlust an Arbeitsplätzen und der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. Wir alle müssten dies kompensieren mit mehr Steuern und Abgaben, oder wir müssten massiv sparen.

**Sie betonen immer wieder die Standortattraktivität, dabei wollen Sie mit der Masseneinwanderungsinitiative der Wirtschaft Knüppel zwischen die Beine werfen.**

Sicher nicht! Mit der Masseneinwanderungsinitiative hat sich das Volk für eine eigenständige Regelung und eine Senkung der Zuwanderung ausgesprochen. Wir von der SVP haben explizit eine unbürokratische Lösung für die Unternehmen angestrebt und diese auch mit den Wirtschaftsverbänden ausgearbeitet. Ausländer sollen unbürokratisch bewilligt werden, wenn es keine qualifizierten Inländer gibt. Aber die Zuwanderung in die Sozialwerke soll eingedämmt werden.

**Der Ständerat versucht Ihre Initiative einigermassen zu erfüllen und dabei den Personenfreizügigkeitsvertrag nicht zu brechen.**

Das Parlament ist inzwischen völlig ins Abseits geraten. Dank den EU-Turbos FDP und SP sowie der instabilen CVP soll nun die Zuwanderung nicht begrenzt, aber dafür ein Bürokratiemonster eingeführt werden. Das Modell von FDP-Ständerat Philipp Müller verlangt branchenübergreifend, dass RAV-Bewerber interviewt und ihnen schriftlich begründet abgefragt

werden muss. Es drohen Rechtsfälle und Bussen von 40 000 Franken pro Stelle. Stellen Sie sich das einmal in der Gastronomie oder im Bau vor! Die Unternehmen wären nur noch mit Administration und Rechtsfällen beschäftigt. Mit der Zuwanderung hat das gar nichts mehr zu tun.

**Ein flächendeckender Inländer-vorrang und Kontingente wären noch viel einschränkender.**

Bewilligungen wären nur bei Besetzungen aus dem Ausland nötig und unbürokratisch möglich.

**Genau, was Müller will.**

Das Modell Müller funktioniert ganz anders. Es gibt keine Unterscheidung zwischen Inländer und Ausländer. Ein riesiger administrativer Aufwand wird flächendeckend für ganze Branchen eingeführt.

**Die Rede ist nur von einzelnen Berufsgruppen mit erhöhter Arbeitslosigkeit.**

Dass sich ausgerechnet die FDP von der SP solche massiven Auflagen für den Arbeitsmarkt diktieren lässt, ist wirklich ein Skandal. Offenbar steht das gemeinsame EU-Ziel über allem, auch über unserer Wirtschaft und unserem funktionierenden Arbeitsmarkt.

Wenn sich dieses Modell durchsetzt, überlegen wir aus wirtschaftlichen Gründen ernsthaft, das Referendum zu ergreifen.

**Auch Economiesuisse und der Arbeitgeberverband stellen sich weitgehend hinter das Ständeratsmodell.**

Nein. Sie sind gegen die Begrün-

dungspflicht. Ein wesentlicher Unterschied. Fällt diese Begründungspflicht weg, könnten wir wohl auf ein Referendum verzichten. Unterstützen werden wir aber die Melde- und Interviewpflicht nie.



Foto: Keystone

*«Die Firmen mit  
Spezialregelungen sind  
wesentlich. Wir wollen sie nicht  
ans Ausland verlieren»*